

Ein Jahrzehnt der Gegenmacht : die neue munizipalistische Bewegung in Spanien

Autor(en): **Kubaczek, Niki / Raunig, Gerald**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **37 (2018)**

Heft 71

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-781018>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Jahrzehnt der Gegenmacht

Die neue munizipalistische Bewegung in Spanien

Seit der Krise von 2007/2008 entwickelten sich in Spanien äusserst erfolgreiche soziale Bewegungen sowie Praxen der Sorge, Organisierung und Sozialität, verbunden mit reichen Diskursen, Theorien und politischen Strategien, die aus und mit den Erfahrungen der munizipalistischen Transformation entstanden. Gemessen an diesen erstaunlichen politischen Erfolgen und den mit ihnen zusammenhängenden institutionellen Transformationen und Instituierungen¹ ist das Wissen darüber im deutschsprachigen Raum sehr gering.² Diese Transformationen stehen auch bei weitem nicht allein da – in so unterschiedlichen Städten wie Napoli, Zagreb oder den Gemeinden Rojavas häufen sich mehr oder weniger radikale munizipalistische Erfahrungen. Im Folgenden werden wir auf die spanische Situation und die hier hervorgebrachten Formen von Instituierung und neuer Institutionalität eingehen.

Genealogien des Munizipalismus

Die munizipalistischen Bewegungen und Diskurse sind einerseits neu und nur in ihrer aktuellen Ausformung und im Kontext heutiger Geopolitiken zu verstehen. Andererseits verweisen sie zurück auf verschiedene Genealogien, die seit Jahrhunderten, und schon vor der Ausbildung von europäischen Nationalstaaten, die Städte als zentralen sozialen und politischen Ort politischen Handelns betonten.³ Der postoperaistische Politikwissenschaftler und frühere Vizebürgermeister von Venedig, Beppe Caccia, schreibt dazu:

«Die mittelalterlichen Städte in Italien und anderswo galten als Orte der Befreiung von Untertanenschaft – die Redewendung «Stadtluft macht frei» steht dafür – und die kleinen «Republiken zur Zeit der Königreiche» verfügten über ein gänzlich anderes Souveränitätsmodell. Später ist der Widerstand gegen Zentralisierungsprozesse interessant, wie er zur Zeit der Entstehung moderner Nationalstaaten charakteristisch war. Teils speiste er sich aus Überbleibseln des Ancien Régime, doch meist verbündete er sich mit der entstehenden Arbeiterbewegung. Dies war Gegenstand einer

Auseinandersetzung zwischen Proudhon und Marx, wobei Letzterer später im Kontext der Pariser Kommune von 1871 zugestand, dass die Verbreitung von Kommunen in anderen Städten Frankreichs durchaus einen strategischen Vorteil innerhalb des revolutionären Prozesses hätte bedeuten können.»⁴

Wie das Madrider Kollektiv Observatorio Metropolitano schon Anfang 2014 in seinem Buch *La Apuesta Municipalista* beschrieb, war die Pariser Kommune auch für die genealogische Linie des Munizipalismus in Spanien relevant. Nachdem schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Frage der Autonomie der Gemeinden wiederholt Anlass für Kämpfe und Gesetzesänderungen gegeben hatte, wurden um die Mitte des 19. Jahrhunderts föderalistische Konzepte der Dezentralisierung stärker in den Blick genommen. Doch die nachhaltigsten Vorschläge im Kampf um die Städte entstanden in den libertären Bewegungen gleich nach der Pariser Kommune. Der «municipio libre» sollte eines der prägenden Konzepte libertärer Bewegungen in Spanien um die Wende zum 20. Jahrhundert werden. Konzepte, die vor allem die soziale Kooperation betonten, bestimmten nicht nur die Entwicklung des «municipio libre», sondern stellten auch die Basis dar, auf der breitere und komplexere Gefüge gebildet werden konnten. Von diesem Standpunkt aus war die Stadt «das Ökosystem der gemeinschaftlichen Kooperation»,⁵ sie wurde als «municipio libre» zu einer Basis der spanischen Revolution von 1936 und sie gewinnt nun erneut an Bedeutung in der politischen Organisierung.

Antworten auf die multiple Krise seit 2007

Die für Spanien spezifischen Entwicklungen sind nur zu verstehen, wenn der längere Bogen von der Krise seit 2007 bis zu den heutigen Erfahrungen gezogen wird. Mit der Subprime-Krise des Jahres 2007 und der sich 2007 und 2008 ausweitenden Finanzkrise begann ein Jahrzehnt, in dem sich Krisenphänomene in alle sozialen und politischen Felder ausdehnten. Die strukturell schwachen Ökonomien der südeuropäischen Länder mussten die Folgen dieser multiplen Krise in besonders hohem Ausmass erfahren. In Spanien entwickelte sich eine Praxis der neoliberal-gouvernementalen Regierung (bis 2011 durch die sozialdemokratische PSOE) im Namen der durch die EU verordneten Sparpolitiken: Privatverschuldung, Verschuldung der Kommunen und des Staatshaushalts. Damit einher gingen gouvernementale Diskurse, die ökonomische Schulden auf moralische Schuld zurückführten. Schliesslich Wohnungsnot und der zunehmende Verlust der Wohnungen durch immer aggressivere Formen von Zwangsäumung durch Banken und staatliche Verwaltung; extreme Zunahme von Arbeits- und vor allem Jugendarbeitslosigkeit; drastische Einbrüche von Löhnen und Sozial-

leistungen – das sind nur die Spitzen der spanischen Ausformungen dieser in Europa noch nicht gekannten und vor allem in Griechenland durchexerzierten Regierungsform.⁶

Zugleich war dies ein Jahrzehnt der sozialen Bewegungen, der massiven Verbreitung von situierten Gegenmächten und kämpferischen Mikrosozialitäten und der Entwicklung neuer Formen von Institutionalität. Diese Zeit war prägend für die Veränderung von Subjektivierungsweisen und sozialen Praktiken. In den Jahren 2009 und 2010 verdichteten und radikalisierten sich die kritischen Positionen nicht nur gegenüber der Wirtschaftspolitik der spanischen Regierung. Viele sahen die ökonomischen Aspekte der Krise auch in Zusammenhang mit einer politischen Krise der repräsentativen Demokratie, konkret als Aufbrechen verdeckter Kontinuitäten des franquistischen Staats in der spanischen «Transition» seit den 1970er-Jahren. Zugleich zeichnete sich der Zusammenbruch der korrupten Klüngel der zwei zentralen spanischen Parteien ab, des konservativen Partido Popular (PP) und der sozialdemokratischen Partei (PSOE), ironisch verdichtet im Kürzel PPSOE. Das Problem der Repräsentation betraf zunächst die Frage, wer sich von diesen Parteien überhaupt vertreten sah, aber immer mehr ging es auch um eine viel grundlegendere Problematisierung der repräsentativen Demokratie als Regierungsform im neoliberal-maschinischen Kapitalismus.⁷

15M und Formen der Re- und Deterritorialisierung

Anfang 2011 treten die ersten Slogans auf, die diese Krise der repräsentativen Demokratie griffig benennen: Eine Gruppierung mit dem Namen Democracia Real Ya! verbreitet den Slogan «Sie nennen es Demokratie, aber es ist keine». Reale Demokratie im Hier und Jetzt wird die zentrale Forderung einer neuen sozialen Bewegung. Während eine ähnliche Bewegung der Versammlung sich in einem wesentlich grösseren geopolitischen Raum ausbreitet, von den nordafrikanischen Aufständen der «Arabellion» bis zur US-amerikanischen Occupy-Bewegung und darüber hinaus, bringt die Bewegung in Spanien die nachhaltigsten sozialen und politischen Folgen hervor. Von aussen fälschlich als «Indignad@s» bezeichnet, organisiert sich die Insurrektion des 15M (wie das Kürzel für die ganze Bewegung lauten sollte) knapp vor den Parlamentswahlen, in den ersten Wochen des Mai 2011.⁸ Am 15. Mai 2011 wird die Puerta del Sol in Madrid besetzt, wenig später folgen die zentralen Plätze fast aller grossen Städte Spaniens. Aus den Massendemonstrationen entsteht in den meisten Städten eine unerwartet nachhaltige Reterritorialisierung: Die Demonstrant*innen errichten *acampadas*, Camps mit Zelten und andere transitorische Behausungen, provisorische Gärten, Infostände, improvisierte Computernetzwerke und Volkküchen auf den jeweiligen Hauptplätzen. Über Wochen und Monate entwickeln die Besetzer*innen inklusive Praxen der Versammlung in *asambleas* und sogenannten *comisiones*,

grossen Versammlungen und Arbeitsgruppen mit spezifischen Themen. Während die Twitter-Ströme für blitzschnelle Wendungen der Aktionen und Demonstrationen sorgen, ist die direkte Kommunikation in den *asambleas* geprägt von langen, geduldigen und horizontalen Diskussionen. Kollektive Moderation, andauernde Sorgearbeit, die Weiterentwicklung der spezifischen Zeichensprache und die Methodologie der radikalen Inklusion⁹ bringen für Hunderttausende die intensive Erfahrung von Selbstorganisation in der Mannigfaltigkeit. So war die 15M-Bewegung nicht einfach das Ereignis eines Tages. Kein reiner Aufstand der «Empörten», sondern eine langfristige, nichtlineare Bewegung, mit sprunghaften Verbindungen und genealogischen Linien in diverse Richtungen. Die Besetzungen und Versammlungen lösten sich in den verschiedenen Städten zwar nach einem Monat, manchmal nach drei Monaten auf. Aber sie verschwanden damit nicht einfach: Sie nahmen eine neue Form an, eine Form der doppelten Deterritorialisierung. Einerseits breiteten sich die Versammlungen auf die verschiedenen Viertel der Städte aus. Unter dem Slogan «*tomas las plazas*» wurden Tausende von Versammlungen in den *Barrios* gegründet, welche die jeweiligen Nachbarschaften stärker berücksichtigten, solidarische Sozialitäten in den Vierteln aufbauten und dabei auch in ihrer Grösse übersichtlicher waren. Neben dieser räumlichen Zerstreuung entwickelte sich zugleich eine Deterritorialisierung in verschiedene soziale Felder: Unter dem Begriff *mareas* (Gezeiten) formierten sich Gruppierungen, die – unterschieden durch die verschiedenen Farben *marea verde, blanca, negra, roja* etc. – in verschiedenen Bereichen von Bildung über Recht und Gesundheit bis zur Arbeit¹⁰ konkrete Konzepte, Forderungen, Beratungen und Aktionen entwickelten. Indem sie versuchten, in den (beruflichen) Alltag einzugreifen, waren diese nach sozialen Sektoren gebildeten Formationen vor allem in den Bereichen von gesundheitlicher Sorge und Schule sehr erfolgreich. Ein weiterer Erfolg war, dass sich viele Menschen engagierten, die politischer Betätigung zuvor aus dem Weg gegangen waren.

Zusammenflüsse von Bewegungen und Parteien

Mit den Europawahlen vom Mai 2014 machte sich eine neue linke Partei öffentlichkeitswirksam bemerkbar: Podemos war Anfang 2014 gegründet worden, um die mit der 15M-Bewegung sichtbar gewordene Krise der Repräsentation in einen politischen Bruch zu übersetzen. Bei aller Durchlässigkeit spielten bei dieser Gründung drei Gruppierungen eine grössere Rolle: Pablo Iglesias' Medienprojekte *La Tuerka* und *Fort Apache*, die tendenziell trotzkistische *Izquierda Anticapitalista* (Antikapitalistische Linke) und ein Kreis junger, linker Politikwissenschaftler*innen der Madrider Universität Complutense um Iglesias und Íñigo Errejón, dem Vertreter der «populistischen Hypothese» bei Podemos. Ihr anspruchsvolles gemeinsames Ziel lautete, möglichst schnell die Regierung zu

stellen, um gemeinsam mit Syriza in Griechenland einen Antiausteritätsskurs in Europa einschlagen zu können. Nach einer stark auf ihren Spitzenkandidaten Pablo Iglesias zugeschnittenen Wahlkampagne konnte Podemos bei den EU-Wahlen auf Anhieb 8 Prozent und bei den nationalen Wahlen 2015 sogar 20 Prozent, 2016 schliesslich als Unidos Podemos (gemeinsam mit dem «alten» linken Bündnis Izquierda Unida) 21 Prozent erreichen. Zwar wurden auch hier die typischen Spannungen zwischen Partei und Bewegung wiederholt, dennoch kann dieses Antreten auch als gemeinsame Zangenbewegung von zwei komplementären Akteur*innen gesehen werden – eine vor allem mit massenmedialer Präsenz betriebene linke, (noch) nicht institutionalisierte Partei auf der einen Seite und eine soziale Bewegung auf der anderen, die nicht nur den Schritt in die Institutionen wagt, sondern deren radikale Veränderung zu betreiben versucht.¹¹

Während Podemos sich anfänglich auf die EU konzentrierte, dann zunehmend auf den nationalen Raum und schliesslich auf die Parlamentswahlen von 2015 und 2016, bildeten sich seit Anfang 2015 *confluencias*. In diesen Konfluenzen oder Zusammenflüssen schlossen sich die sozialen Bewegungen um 15M, die Mareas, die gegen Zwangsräumungen kämpfende Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) und die selbstverwalteten Sozialzentren unter Beteiligung von Podemos auf der Ebene der Städte und Stadtverwaltungen zusammen. Mit Perspektive auf die Gemeindewahlen von Juni 2015 entstand so eine neuerliche Reterritorialisierung, nun mit Blick auf das Territorium der Stadt und ihrer Institutionen – eine spanienweite municipalistische Bewegung von unten. Obwohl unter verschiedenen Namen (Barcelona en Comú, Ahora Madrid, Cádiz Si se Puede, Zaragoza en Común, Participa Sevilla, Málaga Ahora etc.) und mit unterschiedlichen Zielsetzungen entstanden, verbinden diese Plattformen ihr Bezug zu den Prinzipien und Methoden der 15M-Bewegung sowie einige andere gemeinsame Forderungen: adäquate Lösungen für das Problem der Verschuldung auf allen Ebenen, die Remunicipalisierung bestimmter Dienstleistungen, die Förderung selbstverwalteter Sozialzentren, eine Stadtplanung, die gegen Gentrifizierung und Touristifizierung der spanischen Städte vorgeht, das Prinzip des sozialen Syndikalismus und die Garantie von sozialen Rechten, vor allem was Wohnen und Bildung betrifft, diverse Ansätze der Entwicklung neuer Institutionalität in der Verwaltung und eine öffnende und translokale Praxis in der Migrationspolitik.

Die Zuflüsse der *confluencias* kamen aus allen Richtungen, von mehr oder weniger organisierten Gruppen, von Menschen, die sich lange nicht für repräsentative Parteipolitik interessiert hatten, sowie von den vielen neuen Zusammensetzungen, die sich im Gefolge der 15M-Bewegung gebildet hatten. In intensiven Prozessen entwickelten all die verschiedenen lokalen Plattformen ihren «ethischen Kodex», in dem detailliert die Verfahrensformen bis hin zum Einheitslohn für die gewählten Gemeinderatsmitglieder festgehalten und transparent gemacht wurden. Durch die Wirkung von Verbindlichkeit und Sorge,¹² Inklusion,

Teilhabe und Hartnäckigkeit sowie durch das unbeugsame Insistieren auf die Machbarkeit politischer und sozialer Alternativen entstanden hoch konzentrierte Verdichtungen, die auch auf den Bühnen der städtischen Wahlkämpfe immer sichtbarer wurden, ohne direkt auf eine Parteiform abzu zielen. Keine Vereinheitlichung, keine Parteidisziplin, kein populistisches Führertum, sondern ein Beharren auf der radikalen Vielheit, die dem Munizipalismus inhärent ist. Die zerstreute Beschaffenheit des Munizipalismus ist in zweifacher Hinsicht notwendig: als Antidot gegen die zentripetalen Kräfte von Partei und Staat sowie gegen die Institutionalisierung der Bewegungen, aber auch als zeitgemässe Form der Gegenmächte im maschinischen Kapitalismus. Zerstreung in ihrer inneren Organisation, Vielheitlichkeit, Mannigfaltigkeit, zugleich Zerstreung über das Land hinweg, als molekulare Multitude von Städten.

Wahlsiege und Herausforderungen des Munizipalismus

Im Juni 2015, vier Jahre nach 15M, ereignete sich ein fulminanter Wahlsieg der munizipalistischen Bewegung. In A Coruña, Barcelona, Madrid, Zaragoza, Cádiz und einigen anderen Städten konnten die *confluencias* die Regierung übernehmen, in weiteren wurden sie zur stärksten Opposition. In Barcelona wurde mit Ada Colau eine zentrale Aktivistin der PAH zur Bürgermeisterin gewählt. Barcelona en Comú erhielt 11 der 40 Mandate im Stadtparlament und reüssierte damit zur grössten Fraktion.

Das *ganemos* (wir gewinnen) im Namen einiger munizipalistischer Listen wurde wahr. Und im selben Moment des Erfolgs müssen wir uns fragen, wie die Macht verteilt anstatt konzentriert werden kann, wie Führungsfiguren immer wieder ein bisschen verschwinden können, wie das Wissen und die Sensibilität aus der langjährigen Erfahrung in sozialen Bewegungen und selbstorganisiertem, nachbarschaftlichem und ausserparlamentarischem Widerstand bewahrt, übersetzt und weitergegeben werden können, wenn Menschen an Regierungen beteiligt sind. Und wie kann erst recht verhindert werden, dass dieses Wissen und diese Intuitionen nicht einfach vom professionellen Politikalltag überschrieben werden?

Die Grössenordnung der Stadt ist für Antworten auf diese Fragen sehr wichtig, weil sich auf der Ebene der Städte eher eine Chance bildet, den institutionellen Apparat nicht einfach zu übernehmen, sondern ihn zu verändern, instituierende Praxen und konstituierende Prozesse zu starten, welche die Form der Institution selbst infrage und auf die Probe stellen:

«Die Plattform Barcelona en Comú initiierte mitten in der Wahlbewegung des Frühjahrs 2015 auch eine militante Untersuchung unter den Gemeindeangestellten in Barcelona. In einer Reihe von Diskussionsrunden trafen

sich ca. 60 Forschende (Aktivist*innen, Akademiker*innen und Angestellte) in kleineren Gruppen. Die Forschungsfragen betrafen die Machtverhältnisse unter den Gemeindeangestellten, ihre Arbeitsverhältnisse, die Beziehungen der Angestellten zu den Bürger*innen sowie zu den gewählten Vertreter*innen und die politische Struktur der Gemeinde [...]. Die Situation von allgemeiner Korruption und Prekarisierung zu transformieren, bedeutete zunächst zurückzukommen auf den spezifischen Intellekt, das ‹technische Wissen› der Verwaltenden als Expert*innen: Diejenigen, die den Apparat kennen, die wissen, wie er funktioniert, haben auch eine besondere Kompetenz darin, ihn zu verändern. In der militanten Untersuchung formulierten die Teilnehmenden daher Dokumente, Protokolle und Positionen, die inhaltliche Grundlage für Veränderungen ihrer eigenen Tätigkeit und Institutionalität sein sollten.»¹³

Die municipalistischen Projekte greifen in die städtischen Apparate ein, sie versuchen sie umzubauen, sie versuchen die Subjektivierungsweisen der in und mit ihnen Arbeitenden zu verändern, während und inmitten ihrer Arbeit. Sie fokussieren dabei eine Politik, die sich nicht auf Wahlspektakel beschränkt, sondern ausgeklügelte Verfahren der Teilhabe aufweist, die in einem langen Prozess *vor* der Wahl zu nachhaltigen Entscheidungen führen, wer überhaupt gewählt werden kann. Die Erstellung der Wahllisten ist insofern eine gute Möglichkeit, inklusiv vorzugehen. Im Fall der municipalistischen Bewegung wurde ein konsensorientiertes Verfahren angewandt, das die Vielfalt der Akteur*innen über klassische Politikandidat*innen, aber auch über die Protagonist*innen der sozialen Bewegungen hinaus erweiterte und zugleich die lokale Verankerung der Listen absicherte.

Dringend muss auch eine Antwort auf die drohende Einfriedung, Begrenzung und Schliessung der lokalen Praxen gegeben werden, nicht nur was die klassischen Nationalismen im Baskenland und derzeit vor allem in Katalonien betrifft, sondern auch bezüglich der Gefahr der kommunitären Einfriedung gegenüber den aktuellen Flüssen von Flucht und Migration. Das katalanische Projekt *Ciutat Refugi* ist ein kleines Beispiel dafür, wie das municipal-migratorische Gespann dafür verwendet werden kann, den Staatsbürgerschaft verleihenden Staat tendenziell auszuhebeln: Indem die Stadt ihre Kompetenz auf der Ebene der Immigrations- und Grenzkontrolle gebraucht, kann sie Druck gegenüber dem Zentralstaat ausüben, mehr Geflüchtete ins Land zu lassen.¹⁴

Eine weitere Antwort der spanischen Bewegungen auf die oben aufgeworfenen Fragen besteht in einer situierten und auf nachbarschaftliche Sorgeverhältnisse abzielenden Politik, die neben der Bemühung um antirassistische und translokale Strategien starke Genealogien im Feminismus findet. Zentral für diese andere Politik sind aber nicht nur die vielen Frauen, die sich in ihr engagieren, sondern auch eine grundsätzliche Infragestellung von Repräsentation,

nationalstaatlicher Fokussierung und medialen Spektakeln. Wichtig ist ausserdem ein Begriff des Politischen, in dessen Zentrum eine Politik der Sorge, die umhüllende soziale Umgebung des Stadtteils, und die Organisationsformen der letzten Jahre auf der Ebene von Stadtteilen und Städten stehen.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff der Instituierung geht einerseits auf die Geschichte künstlerischer Institutionskritik zurück, andererseits auf die politische Philosophie Antonio Negris und seinen Begriff des «potere costituente», der konstituierenden Macht. Zur Frage der Instituierung, zur Entwicklung von instituierenden Praxen sowohl aus der künstlerischen Institutionskritik wie auch aus den sozialen Kämpfen in den letzten fünfzig Jahren siehe Nowotny, Stefan / Raunig, Gerald, 2016: *Instituierende Praxen. Bruchlinien der Institutionskritik*. Wien u. a. transversal.at/books/instituierendepraxen (Abfrage 21.3.2018); zum Verhältnis von instituierender Praxis, konstituierendem Prozess und Destitution, auch am Beispiel Spaniens, siehe das «Vorwort zur Neuauflage», ebd., 9–17.
- 2 Siehe etwa die einschlägigen Publikationen zu den neuen Munizipalisten wie Observatorio Metropolitano, 2014: *La apuesta municipalista. La democracia empieza por lo cercano*. Madrid; Calle Collado, Angel / Vilaregut Sáez, Ricard, 2015: *Territorios en democracia. El municipalismo a debate*. Barcelona; Fundación de los Comunes, 2016: *Hacia nuevas instituciones democráticas*. Madrid; Rodríguez López, Emmanuel, 2016: *La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos*. Madrid.
- 3 Zu urbanen Formen des Gemeinsamen gegen die imaginierte Gemeinschaft der Nation siehe Avraham, Sheri / Kubaczek, Niki, 2018: *Die urbanen Undercommons. Autonomie der Migration und Politik der Nachbar*innenschaft*. In: Aigner, Heidrun / Kumnig, Sarah (Hg.): *Stadt für Alle*. Wien (im Erscheinen).
- 4 Caccia, Beppe, 2016: *Europa der Kommunen*. In: *Luxemburg 2*. www.zeitschrift-luxemburg.de/europa-der-kommunen/ (Abfrage 21.3.2018).
- 5 Observatorio Metropolitano 2014: *La Apuesta Municipalista*. Madrid, 42. www.traficantes.net/sites/default/files/pdfs/TS-LEM6_municipalismo.pdf (Abfrage 21.3.2018).
- 6 Lorey, Isabell / Raunig, Gerald, 2015: *Das gespenstische Potenzial des potere costituente. Vorbemerkungen zu einem europäischen konstituierenden Prozess*. In: Negri, Antonio / Sánchez Cedillo, Raúl (Hg.): *Für einen konstituierenden Prozess in Europa*. Wien u. a., 9–36.
- 7 Zum Begriff des maschinischen Kapitalismus siehe Raunig, Gerald, 2014: *Dividuum. Maschinischer Kapitalismus und molekulare Revolution*, Bd. 1. Wien u. a. transversal.at/books/dividuum (Abfrage 21.3.2018).
- 8 Galcerán Huguet, Montserrat, 2012: *Demokratie, Gouvernamentalität und das «Gemeinsame» in der spanischen 15M-Bewegung*. In: Lorey, Isabell / Nigro, Roberto / Raunig, Gerald (Hg.): *Inventionen 2*. Zürich, 62–75; Sánchez Cedillo, Raúl, 2012: *15M als Aufstand der Körper-Maschine*. In: ebd., 48–61.
- 9 (Anm. 7), 250f.
- 10 Siehe die unter 15mpedia.org/wiki/Mareas aufgelisteten Farben und Arbeitsbereiche (Abfrage 19.3.2018).
- 11 Zu diesen Versuchen der radikalen institutionellen Transformation siehe Fundación de los Comunes, *Hacia nuevas instituciones democráticas*, Madrid. Die Fundación de los Comunes ist treibender Faktor einer grösseren Szene nichtakademischer Wissensproduktion, die als Teil der sozialen Bewegungen radikale Konzepte politischer Theorie entwickelt,

aber auch Veranstaltungen und Versammlungen wie «macuno, makdos, mactres» und «maccuatro» organisiert. Siehe dazu www.fundaciondeloscomunes.net oder auch ältere Kooperationen wie die transversal 2008, Ausgabe 05/08. transversal.at/transversal/0508 (Abfrage 21.3.2018).

- 12 Zur spanischen Tradition von Ökologien der Sorge siehe Precarias a la Deriva, 2014: Was ist dein Streik? Wien u. a. transversal.at/books/precarias-de (Abfrage 21.3.2018). Hier vor allem die Überlegungen, die zu dem von den Autorinnen eingeführten Neologismus der *cuidanía* als Vielheit von Sorgeverhältnissen statt Bürgerschaft/*ciudadanía* geführt haben (29f.).
- 13 Raunig, Gerald, 2017: Konfluenzen. Die molekular-revolutionäre Kraft der neuen Munizipalisten in Spanien. In: Brunner, Christoph / Kubaczek, Niki / Mulvaney, Kelly / Raunig, Gerald (Hg.): Die neuen Munizipalisten. Wien u. a., 58.
- 14 Bereits 2015 wurde durch die Stadt Barcelona der «Barcelona-Refugee-Plan» als Antwort auf die Flüchtlingsbewegungen ins Leben gerufen. Sein Ziel ist das Schaffen von Aufnahmestrukturen, welche die Geflüchteten in allem unterstützen, was sie nach ihrer Ankunft, aber auch später, benötigen (medizinische Unterstützung, Rechtsberatung, Sprachkurse, Unterkunft und Wohnungsvermittlung, Jobsuche, berufliche Aus- und Weiterbildung). Zentrales Moment ist dabei die Zusammenarbeit von Geflüchteten, NGOs und Bürger*innen beim Erstellen entsprechender Konzepte und deren Durchführung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die politische Arbeit, z. B. das Verfassen von Initiativen zuhanden des spanischen Staats oder der EU, breite Informationskampagnen sowie die internationale Vernetzung mit weiteren «Refugees-welcome-Städten» (siehe www.ciutatrefugi.barcelona/en, Abfrage 21.3.2018).

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

325 Aktualisierung Blochs

J.REHMANN: Ernst Bloch als Philosoph der Praxis
B.DIETSCHY: Erbschaft dieser Zeit, in Zeiten des
Rechtspopulismus

M.MAYER: Heimat in der multikulturellen
Gesellschaft

R.BOER: Blochs »Ungleichzeitigkeit« und die
Widersprüche Chinas

W.F.HAUG: Marxens Metakritik der Religion und
Blochs Transzendieren ins Diesseits

D.QUEISER: Blochs Komposition einer links-
aristotelischen Linie

J.COTTER: Feminismus, »Neuer Materialismus«
und die Verabschiedung der Dialektik

Diskussion

T.REITZ: Zerreißproben der deutschen Linken
T.WAGNER: Wer die Rechten bekämpfen will,
muss ihr Denken kennen

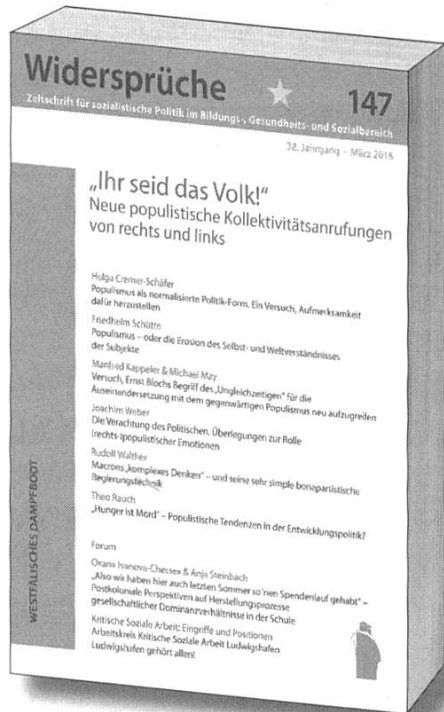
sowie Besprechungen zu Staat und Politik bei
Ernst Bloch, Automatisierung und Ausbeutung,
Populärkultur, Stuart Hall und Gesellschaftskritik
u.w.m.

Redaktion DAS ARGUMENT
Ines Schwerdtner
Kontakt: argument@inkrit.org

Einzelheft 13€ (im Abo 10€, zzgl. Versand)

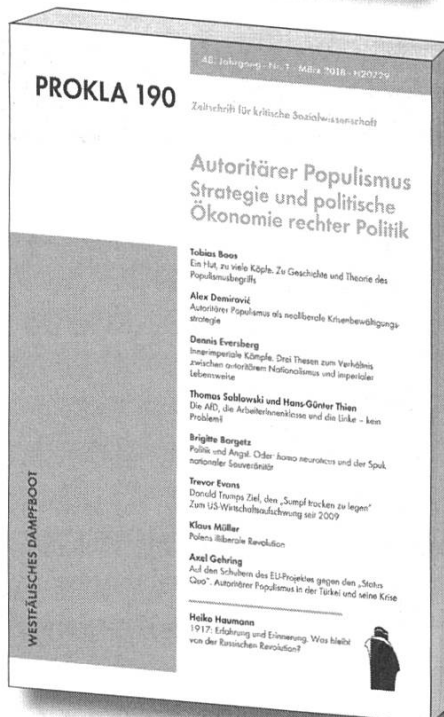
www.inkrit.org/argument

Abo & Versand
versand-argument@t-online.de
Tel: 030-611-3983



Widersprüche 147
„Ihr seid das Volk!“
 Neue populistische Kollektivitätsanrufungen von rechts und links
 2018 – 115 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-89691-017-2

Es ist wieder da, das Volk, und die, die von ihm reden, wissen, wer dazu gehört und wer nicht. Populismus lebt vom Gegner, während die konkrete Gegnerschaft fast beliebig variiert. Populismus kennt nicht nur politisch-rechte, sondern auch linke, sogar neoliberale Ausprägungen. Damit verschwimmt der Begriff bis zur Unkenntlichkeit. Das Heft möchte deshalb in verschiedenen Beiträgen die ideologische, die hegemonale und die diskursive Ebene von Populismus unterscheiden.



Prokla 190
Autoritärer Populismus
 Strategie und politische Ökonomie rechter Politik
 2018 – 172 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-89691-390-6

PROKLA 190 befasst sich mit den autoritär-populistischen Parteien, die in vielen europäischen Ländern existieren, mit ihrer Alarmismus-Rhetorik vielfach für teils protektionistische, teils neoliberale Politiken eintreten und einen Kulturkampf betreiben. Ihre politischen Ziele, die Wahlen und die jeweiligen politischen Konstellationen sollen ebenfalls Thema sein, einschließlich der programmatischen Diskussionen, dem Wahlverhalten und der Unterstützung durch verschiedene Teile der Bevölkerung. Nach über einem Jahr der Erfahrungen mit der Präsidentschaft von Donald Trump und seinen rechten Beratern stellt sich zudem die Frage nach den konkreten Entwicklungen in den USA und den Regierungspraktiken der neuen Administration.

